weisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1 b

Gesetzentwurf der Staatsregierung

eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Fachhochschulen Amberg-Weiden, Ansbach, Deggendorf, Hof und Ingolstadt sowie der Abteilungen Aschaffenburg der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg und Neu-Ulm der Fachhochschule Kempten-Neu-Ulm (Drucksache 13/11206)

- Erste Lesung -

Ich rufe auf:
Der Gesetzentwurf wird von seiten der Staatsregierung nicht begründet. Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen mir nicht vor. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 1 c

Antrag der Staatsregierung

Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz über die Zugehörigkeit der Beratenden Ingenieure des Landes Rheinland-Pfalz zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau (Drucksache 13/11202)

- Erste Lesung -

Tagesordnungspunkt 1 d

Antrag der Staatsregierung

Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Ingenieure des Freistaats Sachsen zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau (Drucksache 13/11455)

- **Erste Lesung -**

Die Staatsverträge werden von seiten der Staatsregierung nicht begründet. Zur allgemeinen Aussprache gibt es keine Wortmeldungen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, beide Staatsverträge dem Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - So beschlossen.

Tagesordnungspunkt 1 e

Gesetzentwurf der Abgeordneten Haas, Hirschmann, Dr. Simon und anderer (SPD)

zur Einführung einer Kammer für Pflegeberufe in Bayern (Bayerisches Pflegekammergesetz) (Drucksache 13/11227)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird von seiten der Antragsteller nicht begründet. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Liegen Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuß für Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik als federführendem Ausschuß zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - So beschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1 f

Gesetzentwurf der Abgeordneten Renate Schmidt, Dr. Hahnzog, Dr. Ritzer und anderer und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drucksache 13/11392)

- Erste Lesung -

Wird der Gesetzentwurf von seiten der Antragsteller begründet, oder kommen wir gleich zu Aussprache? - Einen Satz zur Begründung möchte Herr Kollege Hahnzog sagen.

Dr. Hahnzog (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte darauf hinweisen, daß beim Druck eine Zeile entfallen ist. Auf Seite 1 endet die Vorlage unter dem Abschnitt A - Problem - mit den Worten: „So gibt es in der Landeshauptstadt München die Situation, daß für eine Grünanlage an“. Die dann fehlende Zeile muß ergänzt werden; sie lautet: „440 Anleger erhobene Erschließungsbeiträge nicht zurückerstattet werden“. Dann geht es auf Seite 2 weiter, wie ausgedruckt, mit dem Wort „können“. Soviel zur Begründung.

Präsident Böhm: Angeblich ist das in der Drucksache enthalten, wird mir soeben gesagt.

Dr. Hahnzog (SPD): Bei mir nicht. Aber wenn es enthalten ist, bitte ich, mir diese Redezeit nicht anzurechnen.

Präsident Böhm: Beginnen wir jetzt mit der Aussprache? - Dann haben Sie jetzt das Wort zur Aussprache. Fünf Minuten Redezeit, Herr Dr. Hahnzog.

Dr. Hahnzog (SPD): Ende 1996 hat dieses Haus die sogenannte lex „Doctores Bernhard und Matschl“ zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes diskutiert. Es ging darum, die Erschließungsbeitragspflicht enger zu fassen, als sie zuvor war. Dieses Gesetzesvorhaben war